

Bluntschlistraße 4, Heidelberg-Bergheim

Isak Engelberg, geb. 19.7.1889 in Buczacz/Polen, abgeschoben am 28.10.1938, ermordet in Lemberg 1942

Betti Engelberg, geb. Hirschhorn, geb. 3.9.1895 in Buczacz/Polen, im Februar 1939 nach Polen ausgewiesen, zum 8.5.1945 für tot erklärt

Am 29. Oktober 1938 veröffentlichte die Heidelberger Zeitung „Volksgemeinschaft“ unter der Überschrift „Kinder Israels auf großer Fahrt“ ein Foto mit folgender zynischer Unterschrift: „Auf dem Heidelberger Hauptbahnhof lief gestern nachmittag kurz vor 18 Uhr ein sonderbarer Zug ein. Wirklich ein „Sonder“-Zug, waren doch die Abteile gefüllt mit Ostjuden, die vom Reich ausgewiesen und über die polnische Grenze geschoben werden. Auch von Heidelberg und aus dem Kreis Heidelberg waren einige Vertreter der Kinder Israels „zusammengerufen“ worden, um diesem Sonderzug anvertraut zu werden. Die Heidelberger Polizei sorgte dafür, daß bei dem Durcheinander auf dem Bahnsteig alles in die richtigen Bahnen gelenkt wurde, und es dauerte nur einige Minuten, bis auch die Heidelberger Ostjuden in ihren Abteilen waren. Dann setzte sich der lange Sonderzug in Richtung Würzburg in Bewegung. Wir sind wieder einmal von einigen hundert Schmarotzern am deutschen Volk befreit worden.“



„Typische Vertreter ...“, Foto aus der Heidelberger Zeitung „Volksgemeinschaft“ vom 29.10.1938 (Stadtarchiv Heidelberg)

Zu den Abgeschobenen gehörte auch der 49-jährige Kaufmann *Isak Engelberg*, der seit dreizehn Jahren mit seiner Frau *Betti* in Heidelberg lebte: Am 1. Juni 1925 hatte Isak Engelberg aus Buczacz beim Gewerbeamt einen Wäschevertrieb in der Hauptstraße 55 angemeldet, damals wohnte das Ehepaar in der Bleichstraße 12. 1934 gab Isak Engelberg das Wäschegeschäft auf und übernahm ein Schuhgeschäft in der Plöck 69, zu jener Zeit wohnten Betti und Isak Engelberg in der Rohrbacher Straße 22. Von 1933 bis 1939 firmierte Isak Engelberg im Heidelberger Adressbuch als Eigentümer des Hauses Bluntschlistraße 4, in dem er seit 1935 mit seiner Frau bis zum 28. Oktober 1938 lebte.

Wir wissen wenig über *Betti und Isak Engelberg*, ihre Namen fehlen in den Gedenkbüchern der Stadt Heidelberg und des Landes Baden-Württemberg, aber auch auf den Gedenktafeln am Synagogenplatz sucht man sie vergeblich. Die Akten in Stadt- und Landesarchiv und die Adressbücher geben nur dürre, oft widersprüchliche Auskünfte. So werden unterschiedliche Adressen und Gewerbe erwähnt und als Geburtsort Isak Engelbergs sowohl das pommersche Przewloka als auch das galizische Buczacz genannt. Nach seinen eigenen Angaben in der Gewerbeakte absolvierte er von 1905 bis 1908 eine kaufmännische Lehre in Buczacz und lernte dort wohl seine spätere Frau Betti Hirschhorn kennen, die 1895 hier geboren war.⁵

Buczacz, eine kleine Stadt in der Nähe von Lemberg, besaß wie viele galizische Orte eine große jüdische Gemeinde. Aus Armut, aber auch wegen der zahlreichen Pogrome begann schon zu Ende des 19. Jahrhunderts eine große Auswanderungsbewegung von Osteuropa in den Westen, meist mit dem Wunschziel USA, das aber wegen der dortigen strikten Einwanderungsbestimmungen nur selten erreicht wurde; für viele Jüdinnen und Juden endete die Emigration in Österreich oder Deutschland. Nach dem 1. Weltkrieg kamen zu diesen in Deutschland Gestrandeten über 30.000 osteuropäische Jüdinnen und Juden, die während des Kriegs als Zwangsarbeiter-Innen und Kriegsgefangene hier arbeiten mussten. Erschwerend war, dass die nach dem Krieg gegründeten Staaten Osteuropas ehemalige österreichische Staatsangehörige, die nicht innerhalb der neuen Grenzen geboren waren, auswiesen. Vor allem die Republik Polen betrieb eine strikte Polonisierung, oft mit Hilfe der Katholischen Kirche, von der der folgende Boykottaufruf stammt: „In wirtschaftlichen Angelegenheiten ist es gut, sich an die Seinen zu halten und an jüdischen Läden und Marktständen vorbei zu gehen. Man muss sich vor den schädlichen moralischen Einflüssen des Judentums verschließen, sich von ihrer antichristlichen Kultur fernhalten und vor allem die demoralisierenden jüdischen Veröffentlichungen boykottieren.“⁶ Die judenfeindliche Stimmung entlud sich immer wieder in Pogromen, so dass viele Jüdinnen und Juden in den zwanziger Jahren emigrierten – wohl auch der Kaufmann Isak Engelberg und seine Frau.

Ohne Papiere, oft ohne Geld und unwillkommen fanden sich die „Ostjuden“ im Westen wieder: „Der 'polnische Jude', soweit man ihn etwa durch die Sprache

⁵ Heidelberger Adressbücher 1933-39; STA HD Gewerbeakte 1108; GLA KA 480/34458.

⁶ Tomaszewski: Auftakt, 2002, S. 46.

oder die Kleidung erkannte, genoss keine Zuneigung, ihm gegenüber schien allerlei erlaubt zu sein, was sonst gegen die guten Sitten verstieß. Nichts lag für die Judenhasser näher, als diese Gruppe besonders anzugreifen und alles in Bewegung zu setzen, damit gerade gegen sie besonders hart verfahren werde.“⁷

So rückte die „Ostjudenfrage“ nach Kriegsende ins Zentrum politischer Debatten: Schon im November 1919 stellte der preußische Innenminister Heine einen „Lösungsvorschlag“ im Landtag vor: „Was die unerwünschten Elemente der Ostjuden betrifft, so stehe ich bereits in Verhandlung. Ich bin der Ansicht, daß auf Dauer nichts anderes übrig bleiben wird, als die von ihnen besonders heimgesuchten Städte zu evakuieren und sie in irgendwelche Konzentrationslager zu überführen.“⁸ Konzentrationslager für „Ostjuden“ zur Erleichterung ihrer Abschiebung - dieses Konzept wurde während der Weimarer Republik auch im bayerischen Landtag diskutiert, bis es schließlich 1924 offiziell ins Parteiprogramm der NSDAP aufgenommen wurde.

Im Gegensatz zu den hasserfüllten Verlautbarungen deutscher Nationalist-Innen standen Äußerungen vieler Zionist-Innen, die in den Zuwanderer-Innen Bewahrer-Innen der Orthodoxie und Hoffnungsträger-Innen einer nicht assimilierten jüdischen Kultur sahen: „Unter der abstoßenden Aussenseite verbirgt sich häufig ein ungeahnter Gefühls- und Gedankenreichtum, der die höchsten Blüten geistiger und seelischer Kultur verheißt.“⁹

Auch in Heidelberg lebten seit Beginn des 19. Jahrhunderts einige aus Osteuropa eingewanderte Familien, meist Handwerker und kleine Händler, die „durch deutsche Sprachmängel und eigenartige Kleidung durchaus als Fremde erschienen. Die alteingesessenen Juden hatten auch gegenüber jenen aus dem Osten zugewanderten und wenig assimilierten Juden leider einen unberechtigten Dünkel. Die Polacken, wie sie sie nannten, wurden bewußt aus der gesellschaftlichen Gemeinschaft der deutschen Juden ferngehalten. Vielfach wurde deren Ansiedlung in Deutschland überhaupt als unerwünscht angesehen, da man glaubte, in ihrem unassimilierten Habitus seien sie eine besondere Quelle des Antisemitismus.“¹⁰ Die Einwanderer-Innen schlossen sich den orthodoxen und konservativen Jüdinnen und Juden in Heidelberg an und gründeten gemeinsam mit ihnen den „Verein gesetzestreuer Juden“, der seinen Sitz in der Plöck 38 hatte. Neben religiösen Aufgaben übernahm der Verein die Versorgung armer ostjüdischer Familien mit Kleidung, Nahrungsmitteln und Heizmaterial. Im April 1932 wurde die orthodoxe Synagoge in der Plöck 35 eingeweiht. Zur Geschichte der orthodoxen Synagoge in Heidelberg und ihrer ostjüdischen Mitglieder haben sich nur wenig Nachrichten erhalten, und so wissen wir nicht, ob das Ehepaar Engelberg dieser Gemeinde angehörte.

Schon in den ersten Monaten ihrer Regierung setzten die Nationalsozialist-Innen ihr Parteiprogramm gegen die „Ostjuden“ um und baten die Landesregierungen

7 Adler: Der verwaltete Mensch, 1974, S. 91.

8 Maurer: Ostjuden, 1986, S. 417.

9 Ebd. S. 32 (Adolf Friedmann).

10 Marx: Werdegang, 1965, S. 4.

in einem Schreiben vom 15. März 1933: „1. Die Zuwanderung von Ostjuden abzuwehren. 2. Ostjuden, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland befinden, zu entfernen. 3. Ostjuden nicht mehr einbürgern.“¹¹ Unter diesem Diktat entschlossen sich manche Jüdinnen und Juden zur Rückkehr nach Polen, so auch der 24-jährige Heidelberger Salo Goldscheider, der am 17. März 1934 das Schuhgeschäft seiner Mutter in der Plöck 69 an Isak Engelberg verkaufte. Damals gab Isak Engelberg seinen Wäschevertrieb in der Hauptstraße 25 auf. In der Gewerbeakte über den Kauf des Schuhgeschäfts fehlen nicht die Vermerke wie „Ausländer Polen!“ und „Aufenthaltserlaubnis: Wie lange?“.

In Polen waren Rückwanderer wie Salo Goldscheider höchst unwillkommen. So heißt es in einem Memorandum der polnischen Regierung vom März 1938: „Zwischen den national gesinnten Polen und dem Judentum gibt es grundsätzliche Interessengegensätze. Diese Gegensätze wurden schon zu der Zeit deutlich, in der Polen als selbständiger Staat wiedererstand. In dem Maße, in dem sich der Staat jetzt polonisiert, muß sich der politische und wirtschaftliche Konflikt verstärken. Die Juden, die die Auseinandersetzung nicht nur in Polen, sondern mit der ganzen antijüdischen Welt suchen, sind nicht an einem modus vivendi mit Polen interessiert.“¹² Ziel war es, die Anzahl der Jüdinnen und Juden in allen Berufsgruppen zu verringern, wobei man auch vor einem „Arierparagraph“ nicht zurückschreckte.

Ein weiteres probates Mittel zur Verhinderung einer jüdischen Rückwanderung aus Deutschland war das Gesetz zur Aberkennung der polnischen Staatsbürgerschaft; dieses galt für polnische Staatsbürger-Innen, die sich „mindestens fünf Jahre ununterbrochen im Ausland aufgehalten und damit die Verbindung zum polnischen Staat verloren hatten“.¹³ Im Oktober 1938 verschärfte die polnische Regierung das Gesetz und verlangte für alle Pässe einen Prüfungsvermerk, ohne den die Einreise nach dem 29. Oktober nicht mehr möglich war: Zehntausende polnischer Jüdinnen und Juden konnten Deutschland nicht mehr verlassen. Die deutsche Regierung fürchtete, „daß uns ein Klumpen von 40.000 staatenloser polnischer Juden in den Schoß fiel“¹⁴, und beschloss am 26. Oktober deren sofortige Abschiebung. Das badische Innenministerium informierte am 27. Oktober durch Funkspruch alle Dienststellen der Gestapo, alle Bezirksämter, Polizeipräsidanten und -direktionen, die Verhaftungen begannen in der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober. In Baden traf es „nur“ jüdische Männer – die genaue Zahl der aus Heidelberg Abgeschobenen kennen wir nicht –, aus anderen Ländern wurden ganze Familien deportiert.

Am 17. November 1938 berichtete die „Neue Weltbühne“ aus Paris: „Vor vierzehn Tagen haben die deutschen Machthaber zehntausende polnische Juden aus den Betten gerissen, die Kinder wurden aus den Schulen fortgeführt und unschuldige Menschen wurden mit zehn Mark in der Tasche ohne jede Frist in das

11 Walk: Sonderrechte, 1981, S. 36.

12 Tomaszewski: Auftakt, 2002, S. 51.

13 Ebd. S. 89.

14 Adler: Der verwaltete Mensch, 1974, S. 98 (Ernst von Weizsäcker).

Niemandsländ an der Grenze transportiert. Alles was sie besaßen, blieb zurück, war dahin und sie kampierten in Zelten zwischen den Grenzen, schutzlose Wesen im kalten östlichen Herbst. Unter ihnen die Eltern des jungen Attentäters.“¹⁵ Tatsächlich war die Vertreibung seiner Eltern aus Hannover Herschel Grynszpan's Motiv für das Attentat auf Ernst vom Rath. Den NationalsozialistInnen lieferte diese Tat den Vorwand für die Pogromnacht vom 9. November 1938. In dieser Nacht wurde auch das Schuhgeschäft des Ehepaars Engelberg in der Plöck geplündert und zerstört. Die Gewerbeakten „Isak Engelberg“ enden am 24. Februar 1939 mit dem Eintrag: „Der Jude Engelberg wurde am 28. Oktober 1938 aus dem deutschen Reich ausgewiesen. Das Schuhgeschäft ging am 16. Februar 1939 in arische Hände über. Die Inhaberin des Schuhgeschäfts ist nun Josefine Huber, geb. Schwarz, wohnhaft in Heidelberg Bluntschlistraße 3“.

Nach dem Verkauf des Schuhgeschäfts folgte Betti Engelmann ihrem Mann ins polnische Exil: Unter ihrer beider Namen findet man im Gedenkbuch des Bundesarchivs den Vermerk „Deportation ins Ghetto Lemberg (Lwow)“ ohne Todesdatum. In Lemberg, das nach dem Hitler-Stalinpakt zunächst zum Hoheitsgebiet der Sowjetunion gehörte, marschierte am 30. Juni 1941 die deutsche Wehrmacht ein, bejubelt von deutschen und ukrainischen NationalistInnen. Ostgalizien wurde zum 5. Distrikt des Generalgouvernements erklärt mit Lemberg als Hauptstadt. Distriktgouverneur wurde der SS-Brigadeführer Fritz Katzmann, er holte 500 Verwaltungsbeamte, deren einzige Aufgabe die Plünderung, Ausbeutung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung war.



„Transport“ ins Ghetto Lemberg (aus: Frank Beer u.a. (Hg.): Nach dem Untergang, 2014, S. 77)

Zwei Jahre nach dem Einmarsch erstattete Katzmann Bericht: „Der Distrikt Galizien ist bis auf die Juden, die sich unter der Kontrolle der SS- und Polizeiführer stehenden Lagern befinden, judenfrei [...] Nur durch persönliches Pflichtbewusstsein jedes einzelnen Führers und Mannes ist es gelungen, dieser Pest in kürzester Frist Herr zu werden.“¹⁶

15 Die Neue Weltbühne, Nr. 46, 1938, S. 1433.

16 Klee: Personenlexikon, 2007, S. 300.

Neben der Einrichtung des Ghettos – dem drittgrößten nach Warschau und Krakau – war es vor allem das Zwangsarbeitslager an der Janowska Straße, das durch sein brutales Aufsichtspersonal traurige Berühmtheit erlangte: Auf Befehl des SS-Untersturmführers Richard Rokita wurde hier ein „Todestango“ komponiert, der vom Lagerorchester bei Folterungen, Erschießungen, Hinrichtungen und beim Schaufeln der Gräber aufgespielt werden musste. „Tangoul Mortii“ („Todestango“) war der ursprüngliche rumänische Titel von Paul Celans „Todesfuge“, er erinnert an die sadistischen Praktiken im Lager in der Janowska Straße, in dessen Nähe er selbst als Zwangsarbeiter eingesetzt worden war.



"In den Piaski", Piaski war ein sandiges Gelände neben der Janowska Straße, das als Massenexekutionsstätte diente (aus: Frank Beer u.a. (Hg.): Nach dem Untergang, 2014, S. 81)



Das Orchester im Lager an der Janowska Straße in Lemberg spielt den "Todestango" um 1942 (aus: John Felsiner, Paul Celan, S. 57)

Aus den Akten für Wiedergutmachung von 1962 erfahren wir, dass Isak Engelberg in der Zeit vom 1. November 1941 bis zum 31. Dezember 1942 im Lager an der Janowska Straße gearbeitet hat und wahrscheinlich hier zu Tode gequält und gefoltert wurde. Seinen Todestag setzte das Amtsgericht Heidelberg für den 31. Dezember 1942 fest. Seine Frau Betti wurde „fuer tot erklärt mit Wirkung

vom 8.5.1945.“ Ein Wiedergutmachungsverfahren, angestrengt von den Neffen Betti Engelbergs, scheint ergebnislos verlaufen zu sein. Beim Amt für Öffentliche Ordnung waren „keine Meldeunterlagen vorhanden“. Ein Brief der Wiedergutmachungsbehörde ans Landratsamt vom 11. Juni 1963 mit der Bitte um „erschöpfende Auskunft“ konnte offensichtlich die drei folgenden Fragen nicht beantworten: „ob die Eheleute Engelberg in Heidelberg gewohnt haben; ob von ihnen in Heidelberg ein Schuhgeschäft betrieben worden ist; ob und wann sie ausgewiesen worden sind.“ Das Schreiben trägt den Vermerk „Wiedervorlage“ – auch dazu scheint es nicht gekommen zu sein.

Aus dem schönen Wohnhaus von Betti und Isak Engelberg in der Bluntschlistraße 4 wurde ein „Judenhaus“: 14 Bewohnerinnen und Bewohner warteten hier auf ihre Deportation. Spätestens seit 1943 war es im Besitz der Stadt, die darin ein Städtisches Pflegeheim einrichtete. Das Haus befindet sich noch heute im Besitz der Stadt Heidelberg.



Bluntschlistraße 4 (Foto: Privat)